

Ressort: Politik

SPD will sich in neuer Regierung für Wohnungsbau einsetzen

Berlin, 10.12.2017, 00:00 Uhr

GDN - In einer möglichen Neuauflage der Großen Koalition will sich die SPD stärker für den Wohnungsbau einsetzen. "Der Neubau bezahlbarer Wohnungen ist eine der wichtigsten Aufgaben für die nächste Regierung, auch für eine eventuelle neue Koalition aus SPD und Union", sagte Michael Groß, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, der "Welt am Sonntag".

In erster Linie sind Länder und Gemeinden für den Neubau von Wohnungen zuständig. Der Bund unterstützt die Landesregierungen beim sozialen Wohnungsbau bis 2019 allerdings jährlich mit einer Milliarde Euro. Michael Groß macht nun konkrete Vorschläge, das Engagement der Bundesregierung auszuweiten. "Wir müssen uns um die Bodenpreise kümmern", sagte er. "Die machen inzwischen in vielen Städten die Hälfte der Entstehungskosten aus. Der Bund muss hier Vorbild sein und Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Deutschen Bahn günstiger auf den Markt bringen." Die Angebotsmieten sind inzwischen so hoch, dass sich viele Menschen keinen Umzug in eine neue Wohnung mehr leisten können, so die Zeitung. Dieser "Lock-in-Effekt" sorgt für sinkende Umzugsquoten, wie eine Datenauswertung zeigt. In München etwa wechselten im Jahr 2007 noch 8,5 Prozent der Einwohner ihre Wohnung. Neun Jahre später waren es den Ergebnissen zufolge nur noch 7,3 Prozent. In Berlin fiel die Umzugsquote binnen neun Jahren von 10,4 auf 7,9 Prozent im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum sind die Angebotsmieten den Informationen der "Welt am Sonntag" zufolge in München um 50 Prozent und in Berlin um 70 Prozent gestiegen. "Es ist klar, dass die Umzugsquoten dort zurückgehen, wo die Mieten besonders stark steigen, denn eine wachsende Zahl Mieter kann sich die aktuellen Neuvertragsmieten nicht mehr leisten", sagte Ulrich Ropertz, Sprecher des Deutschen Mieterbundes, der "Welt am Sonntag". In Städten mit einer verhältnismäßig hohen Neubauquote hingegen fällt der Mietpreisanstieg der Datenauswertung zufolge geringer aus. So wurden in Hamburg von 2006 bis 2014 in etwa so viele Wohnungen gebaut wie in der doppelt so großen Hauptstadt Berlin. Entsprechend ist der Mietpreisanstieg mit 30 Prozent in der Hansestadt noch vergleichsweise moderat ausgefallen. Die hohen Wohnkosten haben negative Folgen für Wirtschaft und Infrastruktur. "Je höher die Wohnkosten, desto höher die Bereitschaft, längere Wege zum Arbeitsplatz zurückzulegen", sagte Michael Voigtländer, Wohnungsmarkexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), der "Welt am Sonntag". Das führe zu steigendem Pendelverkehr. Außerdem erschwere es manchen Firmen die Personalsuche. "Etablierte Unternehmen sind eher in der Lage, höhere Gehälter zu zahlen, um die hohen Wohnkosten auszugleichen", sagte Voigtländer. Das sei beispielsweise in München der Fall. Für junge, dynamische Wirtschaftszweige hingegen seien hohe Wohnkosten eine Wachstumsbremse. "Insbesondere für Start-ups ist es bei hohen Wohnkosten schwierig, neue Leute zu bekommen, da sie anfangs keine hohen Gehälter zahlen können."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-99001/spd-will-sich-in-neuer-regierung-fuer-wohnungsbau-einsetzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com